

Elgershausen möchte nicht mit Hoof eine gemeinsame Ortschaft bilden

Verbindung mit der Stadt Baunatal wird für viel sinnvoller gehalten

(d). Einmütig hat sich die Gemeindevertretung von Elgershausen am Freitagabend gegen den vom Innenministerium vorgeschlagenen Zusammenschluß mit Hoof ausgesprochen und sich dafür einsetzt, als selbständige Ortschaft weiter bestehen zu lassen. Die Forderungen der SPD und Dorfgemeinschaft (DG) gegen die Verbindung kommt zum Ausdruck, man würde für den Fall, die Ortschaft nicht aufrechterhalten werden könne, eher eine Verbindung mit den unmittelbaren Nachbarn Baunatal vorziehen. Dem Vorschlag der Landkreise Kassel, Hofgeismar und Wollhagen in Zusammenarbeit mit der Kreisstadt Kassel gaben die neun anwesenden Mitglieder der DG ihr Ja-Wort.

Hans Jatzke zeigte sich auf, die zu der Entscheidung geführt haben, habe in der Ortschaft bestanden, die Überinkunft zu jedoch vor der Entscheidung, die später der Gemeinde Elmsingen und Elmsingen hätte. Ohne Elgershausen geteilt der Gemeinde Hoof am 20. 8. 1970 Zusammenschluß abgelehnt werde.

Die Gemeindevertretung in Elgershausen meint, daß sich ein Zusammenschluß auf die Ortschaften nicht anbiete. Zwischen Elgershausen und Hoof und Elmsingen Gemeindeverbindungen bis zu zehn Jahren. Eine bürgernahe Ortschaft dabei nicht mehr als Vertreter wieder aus finanzieller Aufnahme von Elmsingen.

Erfragt

Die Entscheidung der Gemeindevertretung von Elgershausen

Elgershausen spielte eine vorgenommene Befragung der Bürger eine wesentliche Rolle. An ihr hatten sich 84,4 Prozent der Einwohner über 18 Jahre beteiligt. Von ihnen waren 92,1 Prozent für die Erhaltung der Selbständigkeit von Elgershausen. 7,9 Prozent sprachen sich dagegen aus. Falls die Selbständigkeit nicht durchsetzbar wäre, entschieden sich 92,4 Prozent für die Stadt Baunatal und 7,6 Prozent für die Gemeinde Hoof.

Verbindung zu Baunatal

In der Erklärung der Fraktionen von Elgershausen wird auf die bereits bestehenden Verbindungen zu Baunatal hingewiesen. Die Bauentwicklung laufe mit geringer Entfernung auf Baunatal zu. Es gebe gute Verkehrsverbindungen zu dieser Stadt. Und man sei auf schulischem Gebiet und durch Abwasserfragen auch bereits in einem Boot. „Es liegt somit eine Orientierung der Gemeinde Elgershausen zur Stadt Baunatal vor“, wird in der Erklärung betont. Es wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß in der Stadt Baunatal ein für die Bürger von Elgershausen günstiges Angebot an infrastrukturellen Einrich-

lungen bestehe. „Obendrein sind viele Arbeitnehmer aus Elgershausen mit Baunatal verbunden“, wird gesagt.

Wieviel Einwohner?

In der vom Vorsitzenden Hans Hellmuth geleiteten Gemeindevertretersitzung in Elgershausen machte für die SPD-Fraktion der Gemeindevertreter Hans Poppenhäger darauf aufmerksam, daß es auch nach der Modellplanung des hessischen Innenministeriums im Lande Orte geben würde, die nicht nur nicht viel größer, sondern kleiner als das von rund 3400 Menschen bewohnte Elgershausen sei. Er halte Elgershausen durchaus für lebensfähig. Wenn der Innenminister diese Auffassung nicht teile, sollte man den Weg zum Anschluß an Baunatal suchen.

Diese Ansichten vertrat für die DG auch Gemeindevertreter Justus Schaub. Wem nutze eigentlich ein solcher Zusammenschluß, wie der vorgeschlagene von Elgershausen und Hoof mit dem Gemeindennamen Elgershausen, fragte er. Bürgernäher würde die Verwaltung auf keinen Fall — und obendrein werde sie teurer als bisher sein.

SPD Elgershausen gegen Vorschlag aus Wiesbaden

Protest wegen der Pläne zur Gebietsreform erhoben

Elgershausen (nh). In einer einmütig gebilligten Entschließung stellte der SPD-Ortsverein Elgershausen „mit Bedauern“ fest, daß der hessische Innenminister die Haltung der Elgershäuser Gemeindevertretung und die eindeutige Willensbekundung durch eine Bürgerbefragung völlig außer acht gelassen habe.

Nach den bis zum vergangenen Jahr in Baunatal vollzogenen Zusammenschlüssen sei für Elgershausen die Erhaltung der Selbständigkeit die weitaus beste Lösung, heißt es in der Entschließung. Jedes Verständnis fehle für den Vorschlag, mit Hoof zusammenzugehen, weil keine räumliche Beziehung zu dem durch Breitenbach, Elmsingen und Martinshagen vergrößerten neuen Ort Hoof bestehe.

Zur kommunalen Arbeit führte Jatzke aus, daß im Jahr 1971 für den Ausbau von Gemeindestraßen, Kanalisationsmaßnahmen, Ausbau des Friedhofes sowie für die Teilfinanzierung des Kindergartens und der Neuordnung der Wasserversorgung von der Gemeinde über 350 000 Mark aufgebracht worden sind. Er wies darauf hin, daß mit den in 1972 vorgesehenen Investitionen von 470 000 Mark der Ausbau von Gemeindestraßen und Brücken sowie der Kanalisation dann im wesentlichen abgeschlossen sei.

auch für 1972 wieder gesenkt und sich somit innerhalb von drei Jahren um 160 000 Mark auf 144 000 Mark vermindert hätten.

Durch die finanzpolitischen Maßnahmen des Jahres 1970 sowie unter Berücksichtigung der Steigerung der Personalkosten und der Kostenentwicklung sei überhaupt keine Besserstellung durch die Finanzreform mehr zu vermerken. Es warte sich somit die Frage auf, wie lange die Existenzfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden und ihre Selbstverwaltung noch gewährleistet sei.

Wann Änderung durchsetzen

seinen Neugliederungen die Unterstützung der Städtetage, die Verbindung der vier Städte das Mindestmaß an Eingliederung der Stadt-Umland-Probleme hat sich der Stadtag grundsätzlich zur Eingliederung von der Stadt Kassel aus der Zustimmung setzt hat jetzt nur die Möglichkeit, den Entwurf durch den Stadtag denkbar, daß er die Entscheidung in-

angesehen“

des Innenministeriums, daß mit der Lösung der Kasserer Verordnungen eine interkommunale Lösung — sprich Zweckverbände — zu finden, sei in der Vorlage Rechnung getragen worden.

sich mit Elgershausen und Hoof, die zur Gemeinde „Schauenburg“ zusammenwachsen sollen.

„Ausgewogenes Konzept“

In dem Gesetzentwurf kommt zum Ausdruck, daß die dem neuen Großkreis Kassel angehörenden 28 Städte und Gemeinden nach ihrem Zuschnitt und ihrer Leistungskraft einem ausgewogenen Neugliederungskonzept entsprechen. So habe man die Siedlungsdichte, die zum Teil ungünstigen landschaftlichen Gegebenheiten und die strukturellen Unterschiede der Gemeinden und Städte weitgehend berücksichtigt. Im übrigen entspreche die jetzt vorgelegte Lösung den Ergebnissen der verschiedenen Anhörungsverfahren. Der in diesen Terminen mehrfach geäußerten Ansicht, für das Kasseler Verdichtungsgebiet eine interkommunale Lösung — sprich Zweckverbände — zu finden, sei in der Vorlage Rechnung getragen worden.

Nach dem „Fahrplan“ der Landesregierung soll die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Neugliederung im Raum Kassel in der Plenarsitzung Ende Mai erfolgen. Die zweite Lesung ist für Mitte Juni geplant. Sollten sich keine Komplikationen mehr ergeben, ist die Verabschiedung des Entwurfs für die

Hoof geht seinen eigenen Weg

Erneute Aussprache über die Gebietsreform fand statt

Hoof (uf). In der ersten öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung nach Eingliederung der Gemeinden Breitenbach, Elmshagen und Martinshagen, die im Saal des evangelischen Gemeindehauses stattfand, konnte der Vorsitzende Gottlieb Freiling unter den zahlreichen Zuhörern auch Mitglieder der Ortsbeiräte der neuen Ortsteile begrüßen. Wichtigster Beratungspunkt war die Stellungnahme zu dem geplanten Zusammenschluß der Landkreise Hofgeismar, Kassel und Wolfhagen und zum Modellplan des hessischen Ministers des Innern zum Zusammenschluß der Gemeinden Hoof und Elgershausen zu einer neuen Gemeinde Elgershausen. Einstimmig stimmte die Gemeindevertretung dem Zusammenschluß der drei Landkreise zu einem Großkreis unter der Bedingung zu, daß die bisherigen Landkreise Hofgeismar und Wolfhagen unverändert und der Landkreis Kassel lediglich unter Ausklammerung eines Gutsbezirks im Kaufunger Wald unter dem Namen Landkreis Kassel mit dem Sitz in Kassel vereinigt werden.

Zur Frage der Gemeindegebietsreform kam es in der Sitzung zu einer längeren Aussprache. Einleitend ging der Vorsitzende Freiling nochmals auf die im Jahre 1970 von verschiedenen Gemeindevertretern mit Elgershausen geführten Gespräche über ein Zusammengehen der Gemeinden Hoof und Elgershausen und auf die anschließend stattgefundenen Verhandlungen mit den Gemeinden Breitenbach, Elmshagen und Martinshagen ein, die im letzten Jahr zur Eingliederung dieser Orte nach Hoof geführt haben.

Freiling gab dann die sogenannten Bielefeld-Vorschläge bekannt, nach denen Hoof und Elgershausen zu einer Verwaltungseinheit Elgershausen mit gegenwärtig rund 8700 Einwohnern und einer Gesamtfläche von 37,7 Quadratkilometern vereinigt werden sollten.

Diese Vorschläge lehnte Gemeindevertreter Georg Mette in einer längeren Erklärung der SPD-Fraktion ab, weil sie die Mittelpunktfunktion der Gemeinde Hoof nicht berücksichtigten und es unzumutbar sei, daß die größere Gemeinde mit 5700 Einwohnern mit Elgershausen mit 3300 Einwohnern zu einer neuen Gemeinde Elgershausen zusammengeschlossen werde.

Gemeindevertreter Jost von Dalwig (DG) bedauerte, daß man die 1970 von Elgershausen gezeigte Bereitschaft zum Zusammengehen mit Hoof nicht genützt habe. Nach mehrmaligen Gesprächen habe der Gemeindevorstand von Hoof und nicht die Gemeindevertretung, den Zusammenschluß mit Elgershausen abgelehnt. V. Dalwig wies darauf hin, daß der jetzt in Rede stehende Zusammenschluß schon 1969 im

Rahmen der Flurbereinigung vorgesehen gewesen sei.

Nachdem sich auch die SPD-Vertreter Heinrich Landgrebe, Manfred Hartner und Karl Engelbrecht zu den Vorgesprächen geäußert hatten, erklärte Gemeindevertreter Hans Berninger, die SPD habe ihren Standpunkt für ein Zusammengehen mit Elgershausen nicht geändert. Dadurch würde eine leistungsfähige Gemeinde von 9000 Einwohnern entstehen, die den Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft gerecht werde und die Möglichkeiten biete, Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen, auf die der Bürger von heute Anspruch habe. Sie würde einen Siedlungsraum schaffen, der mit den Nachbargemeinden Schritt halten könne. Die SPD sage deshalb ja zum Zusammengehen mit Elgershausen, sage aber nein zu den Vorstellungen, wie sie in der Modellplanung entwickelt worden seien.

In der Abstimmung wurde einstimmig die grundsätzliche Auffassung der Gemeindevertretung bestätigt, daß Hoof und Elgershausen eine Großgemeinde bilden sollten. Abgelehnt aber wurden die im Modellplan des Innenministeriums aufgeführten Argumente, daß die zentralörtliche Bedeutung von Elgershausen im Vergleich mit Hoof ausgeprägt sei. Die Gemeindevertretung stellte fest, daß durch die Eingliederung von drei Gemeinden nach Hoof die zentrale Bedeutung und die Mittelpunktfunktion von Hoof gefestigt worden sei. Dazu komme, daß Hoof eine überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme habe. Im Kreisentwicklungsplan sei Hoof als Standort für ein Schwimm-

bad vorgesehen. Auch schulisch habe Hoof Aussicht auf eine günstige Entwicklung. Nicht verstanden werde, daß bei einem Zusammenschluß der beiden Gemeinden Elgershausen und Hoof die größere Gemeinde Hoof ihren Namen zugunsten der kleineren Gemeinde Elgershausen aufgeben solle.

Gebietsreform war Punkt eins

Landrat Dr. Günther: Bei „Nein“ keine Eingemeindungen

Lohfelden (d). Unmißverständlich hat Landrat Dr. Herbert Günther beim Unterbezirksparteitag Kassel-Land der SPD in Lohfelden am Wochenende zu erkennen gegeben, daß er auf das Wort von Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld setze, es werde zu keiner Eingemeindung der vier Kasseler Nachbarorte Vellmar, Sandershausen, Lohfelden und Bergshausen kommen — wenn die Gemeindevertretungen das eindeutig bekun-

deten. Sie haben einmütig „Nein“ gesagt. Auf bohrende Fragen von Diskussionsteilnehmern entgegnete der Nachfolger von Josef Köcher im Landkreis Kassel: „Sind wir denn verrückt geworden, Zweifel an einem Ministerwort zu hegen und uns selbst zu verunsichern?“ Mehr als einstimmige Beschlüsse in den betreffenden Gemeinden gegen eine Einverleibung in die Stadt Kassel könne man ja nicht erwarten.

In der vom Landtagsabgeordneten Hans Neusel namens des Unterbezirksvorstandes eröffneten Veranstaltung in der Kulturhalle Lohfelden (Gruß auch vom Ersten Beigeordneten Hans Friedrich) stand das Thema Gebietsreform im Mittelpunkt. Dr. Günther meinte, einer der Schlagstöcke bei diesen Gesprächen sei das Thema Funktionalreform

Schlagstock hat — der braucht keine Argumente“. Die Funktionalreform sei aber auch in anderen Ländern keinen Schritt weiter gekommen als in Hessen.

Gemeinden, wie zum Beispiel Elgershausen, die sich gegen Reformvorschläge des Innenministers bei Zusammenschlüssen wandten, sagte der Landrat, man möge keine Au-

18 Mai 1970



So soll der neue Großkreis Kassel aussehen

Aus 28 Städten und Gemeinden wird sich nach der Gesetzesvorlage des hessischen Kabinetts der neue Großkreis Kassel zusammensetzen, zu dem die Kreise Kassel, Hofgeismar und Wolfhagen gehören. Im wesentlichen entspricht der Entwurf dem Ergebnis des Anhörungsverfahrens. Während die Stadt Volkmarsen dem Kreis Waldeck zugeordnet werden soll, verbleiben die Gemeinden Bergshausen, Lohfelden, Sandershausen und Veilmar im Landkreis Kassel. Sie sollten ursprünglich in die Stadt Kassel eingemeindet werden. Aus dieser überholten Situation haben sich neue Zuordnungen

ergeben. So werden Heiligenrode und Sandershausen zu einer Gemeinde Sandershausen zusammengeschlossen, und Bergshausen wird nach Lohfelden eingegliedert. Weitere Änderungen durch Gesetz betreffen die Gemeinde Helsa (Zusammenschluß mit Eschenstruth und Sankt Ottilien), die Gemeinde Fuldabrück, in die Dörnhausen eingegliedert wird, die Stadt Baunatal (Eingliederung von Buchenhagen), die Gemeinde Fuldatal, zu der noch Rothwesten gehören wird. Unter dem Namen Schauenburg sollen Elgershausen und Hoof zusammengeschlossen werden und unter dem Namen

Ahnatal Heckershausen und Weimar. Im Kreis Wolfhagen sieht der Gesetzentwurf den Zusammenschluß von Habichtswald (Dörnberg, Ehlen) mit Zierenberg und die Eingliederung von Niederlistingen und Oberlistingen nach Breuna vor. Im Kreis Hofgeismar soll auf gesetzlichem Wege die Eingliederung von Ehrsten und Obermeiser nach Calden, die Eingliederung von Zwergen in die Stadt Liebenau, von Heisebeck nach Oberweser und der Stadt Helmarshausen in die Stadt Karlshafen erfolgen. (Siehe auch Bericht auf der Hessenseite).

(Zeichnung: Schaake)



AUCH DIE JUGEND marschierte lustig im Festzug in Elgershausen mit. Transparente wie „Singende Kinder sind fröhliche Menschen“ und die Aufforderung, zum neuen Kinderchor von Elgershausen zu kommen, waren ein neuer Anfang. Diese Gruppen, die zum all-

jährlichen Fest der Leichenbrüderschaft kamen, lassen erhoffen, daß Elgershausen auch in der neuen Großgemeinde Schauenburg seine Aktivität behält.

(d/Aufnahme: d)

Gebietsreform spielte auch beim Heimatfest eine wichtige Rolle

In Elgershausen waren viele Menschen auf den Beinen – Rundes Fest fand statt

Elgershausen (d). Obwohl die Problematik der Gebietsreform selbst beim großen Volks- und Heimatfest der Leichenbrüderschaft in Elgershausen „durchschlug“, verlief dennoch alles in relativer Harmonie. Das Thema kling zwar mit deutlichem Hinweis auf den Wiesbadener Vorschlag „Schauenburg“ sowohl im Festzug als später auch bei den Reden auf dem Festgelände an. Dennoch marschierten im Festzug Dr. Herbert Günther, Mitglieder des Gemeindevorstandes und auch Bürgermeister Erich Jatzke freundlich lächelnd mit. Der Bürgermeister beklagte dann auf dem Festplatz nochmals das Schicksal Elgershausens im Rahmen der Gebietsreform, während Landrat Dr. Günther um Verständnis für den neuen Weg warb.

Im Festzug rollte zum Beispiel ein Wagen mit dem Transparent: „Lieber Baunatal als Schauenburg 5-Elgershausen“. Der Zug selbst war wieder farbenprächtig und gut gelungen und fand auch sein Publikum.

Willi Rost, Vorsitzender der Leichenbrüderschaft, die aus der Armut des Jahres 1920 entstanden war, konnte wieder viele Gäste begrüßen und stellte als „Neuerwerbung“ des Volkschors auch einen Kinderchor vor. Es gab erneut ein buntes Treiben auf dem Festplatz,

viel Unterhaltung Musik, Tanz und Spiele.

Bei dem Festakt kurzer Rückblick auf die Entstehungsgeschichte dieser Leichenbrüderschaft, die heute alljährlich einen Höhepunkt im Leben von Elgershausen bietet und eigentlich zunächst nur entstanden war, damit die Toten dieser Gemeinde würdiger unter die Erde gebracht werden konnten. Mehr als 1200 Mitglieder zählt diese Vereinigung auch heute, ein Beweis für ihre Popularität über mehr als dreieinhalb Jahrhunderte hinaus.

Bürgermeister Erich Jatzke wies darauf hin, daß die Einwohnerzahlen in Elgershausen seit Kriegsende um rund 1600 geklettert seien. Zur Gebietsreform sagte er u. a., niemand werde sich vernünftigen Lösungen verschließen. Aber eine bloße Zusammenfügung von Gemeinden sei noch keine Reform. Man lehne deshalb einen Beschluß, der sich gegen den Willen der Gemeindevertretung und den Bürgerwillen wende, ab. (Es gab zustimmende Zurufe.)

„Gemeinschaft entwickelt“

Kompliment vom Landrat Dr. Günther, hier in Elgershausen habe sich offenbar eine Gemeinschaft entwickelt, die sich weit und breit sehen lassen könne. Es sei viel geleistet worden. Dr. Günther bat aber auch darum, obwohl er und Erich Jatzke an den Wiesbadener Entscheidungen kaum noch etwas

ändern könnten, jetzt nicht nach rückwärts, sondern nach vorn zu sehen. Er warb um Unterstützung bei der Gestaltung der neuen Gemeinwesen und sagte, auch mit der Hilfe der Elgershäuser werde er „nahezu“ alles bewältigen können.

Im Rahmen des Festes wurden auch der neue Schützenkönig Hans Kanstein, der erste Ritter Hans Höpfel und der zweite Ritter Herbert Holzapfel mit Urkunden für ihre Leistungen beim Königsschießen ausgezeichnet.

„Schauenburg“ wird einmütig abgelehnt

Gemeindeparlament Elgershausen kritisiert Vorschlag der Landesregierung

Elgershausen (nh). Breiten Raum nahm in der Sitzung der Gemeindevertretung Elgershausen die Vorlage der Landesregierung zur Gemeindegebietsreform im Landkreis Kassel ein. Mit Befremden wurde festgestellt, daß die für die Gemeinde Elgershausen vorgesehene Lösung im im krassen Widerspruch zu den einstimmigen Beschlüssen der Gemeindevertretung und dem eindeutigen Willen der Bürger steht. Dies müsse als eine große Mißachtung der kommunalen Selbstverwaltung angesehen werden. Zu dem Vorschlag des Kabinetts, der nach seinen Vorstellungen aus den Gemeinden Hoof und Elgershausen neuzubildende Gemeinde den Namen „Schauenburg“ zu geben, wurde mit Nachdruck vermerkt, daß, wenn schon die Landesregierung einen zwangsweisen Zusammenschluß der beiden Gemeinden herbeiführen lassen will, sich die Gemeindevertreter durchaus mündig und in der Lage fühlen, über ihren Ortsnamen selbst zu entscheiden. Die Gemeindevertretung faßte eine diesbezügliche Entschleßung an die Landesregierung.

Das Parlament beschloß einstimmig die Errichtung eines Kindergartens in Fertigbauweise. Die Kosten des Gebäudes betragen 333 000 DM. Für die Betriebs- und Wirtschaftseinrichtungen sowie die Errichtung der Außenanlagen sind 77 000 DM erforderlich, so daß sich die Gesamtkosten auf 410 000 DM belaufen. Die Finanzierung dieser Summe ist vorgesehen durch Zuschüsse des Landes, des Bundes, aus dem Zonenrandförderungsprogramm und des Kreises von 190 000 DM, Eigenmittel von 70 000 DM und ein Darlehen von 150 000 DM. Der Kindergarten ist für die Aufnahme von 75

Kindern vorgesehen und weist neben drei Gruppenräumen noch einen Mehrzweckraum auf.

Um den Ausbau der Bauna innerhalb der bebauten Ortslage zu ermöglichen und die Gemeinde in diesem Bereich zu verschönern, beschloß die Gemeindevertretung einstimmig die Aufstellung eines entsprechenden Planes. Der Plan soll den Ausbau vorsehen für die Strecke zwischen Brücke Bergstraße und Brücke Korbacher Straße.

Der Gemeindevorstand legte die erste Nachtragshaushaltssatzung und den ersten Nachtragshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1972 vor. Danach erhöhen sich im ordentlichen Teil Einnahmen und Ausgaben um 149 309 DM auf 1 562 104 DM und im außerordentlichen Teil um 10 000 DM auf 1 000 000 DM. Es sei leider eine bedauerliche Tatsache, daß die Schlüsselzuweisungen des Landes Hessen sich auch in diesem Jahr weiter vermindern und um 53 533 DM gegenüber dem Planansatz auf 144 467 DM sinken. Erfreulicherweise erhöht sich nach der vorliegenden Schätzung der Einkommensteueranteil um 67 000 DM auf 443 000 DM. Damit sei zwar ein Ausgleich geschaffen, es nütze der Gemeinde aber nichts, wenn solche Mehreinnahmen jeweils immer in Minderleistungen des Landes aufgingen. Der Nachtragsplan war auch notwendig geworden durch die Umstellung der Finanzierung für die Errichtung des Kindergartens und des zweiten Bauabschnittes der Neuordnung der Wasserversorgung, erklärte Bürgermeister Klaus.



Kinderspielmannszug auf dem Festplatz 1960